

## **A n t r a g**

**der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **EntschlieÙung**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung  
– Drucksache 16/2750 –

**Landeshaushaltsgesetz 2014/2015 (LHG 2014/2015)**

### **Informationssicherheit, Datenintegrität und Datenschutz durch adäquate Personalausstattung des Landesbetriebs für Daten und Information (LDI) gewährleisten**

Der Landtag stellt fest:

Mit der Zunahme der Internetnutzung durch Bürgerinnen und Bürger sowie Wirtschaft steigt auch die Gefahr von Angriffen aus dem sog. Cyberspace. Deshalb ist es unabdingbar, gegen solche Attacken Vorsorgemaßnahmen auch im Bereich der öffentlichen Verwaltung zu ergreifen. Dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund der umfangreichen Informationen, bekannt geworden durch Edward Snowden, über die US-amerikanischen Programme zur Überwachung der weltweiten Internetkommunikation (PRISM und Boundless Informant) sowie das britische Überwachungsprogramm Tempora.

Im Informationszeitalter sind die Informationssicherheit, Datenintegrität und der Datenschutz unabdingbare Voraussetzung zur Nutzung der Informationstechnologie im öffentlichen Bereich. Der sichere Umgang mit sensiblen Daten der Landesverwaltung, des Landtags und mit Daten von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen muss daher im Mittelpunkt der Anstrengungen stehen.

Der LDI entwickelt als zentraler IT-Dienstleister des Landes an den Standorten Mainz und Bad Ems kompetente und effiziente Lösungen für Landes- und Kommunalverwaltungen.

Seine Rechenzentren bieten modernste Rechenzentrums- und Netzwerkinfrastrukturen. Er ist im Bereich von Hochsicherheits- und Hochverfügbarkeitslösungen primärer Ansprechpartner, beispielsweise für Polizei, Justiz sowie Finanzverwaltung. Das rlp-Netz steht für hochperformante Netztechnologie und ist zentraler Bestandteil des Informationsmanagements der Landesverwaltung.

Dabei garantiert der LDI höchste Sicherheit und Verfügbarkeit auf der Basis des Einsatzes modernster Technologien. Seine Leistungsfähigkeit stellt er auch mit seinen Zentralisierungsprojekten unter Beweis. So verantwortet er den zentralen Betrieb der Lösungen für Staatsanwaltschaften, die ordentliche Gerichtsbarkeit und die Justizvollzugsanstalten.

Ebenso bedient er den Bereich der Polizei länderübergreifend (Informations- und Fahndungssystem für die Länder Rheinland-Pfalz und Saarland) und betreibt das bundesweite Extranet der Polizeien des Bundes und der Länder mit ca. 270 000 Nutzerinnen und Nutzern.

b. w.

Durch den Aufbau einer Private-Cloud-Umgebung ist es dem LDI 2012 gelungen, Rechenzentrumsleistungen mit modernster Technik zur Verfügung zu stellen, mit der gleichzeitig höchste Anforderungen an Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität bedient werden. Darüber hinaus konnten für die Kunden die Betriebskosten reduziert und damit deutliche Einsparungen erzielt werden. Dieses Projekt hat bundesweit insbesondere deswegen für Aufmerksamkeit gesorgt, weil es dem LDI als erstem Rechenzentrum überhaupt gelungen ist, eine solche virtualisierte Infrastruktur vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik nach dem internationalen Standard ISO 27001 auf der Basis von IT-Grundschutz zu zertifizieren.

Um die unabdingbaren Aufgaben weiterhin für das Land in erforderlicher Qualität wahrnehmen zu können, benötigt der LDI eine angemessene Personalausstattung in quantitativer und in qualitativer Hinsicht, d. h. hoch qualifiziertes, motiviertes Personal, das über die erforderliche Erfahrung mit Blick auf die wachsenden Anforderungen der IT-Verfahren verfügt. Der LDI steht hier in starker Konkurrenz mit der Wirtschaft und anderen staatlichen Stellen bei der Nachfrage nach hochspezialisierten Experten.

Dem LDI werden daher weitere Stellen des höheren und gehobenen Dienstes im Beamten- und Angestelltenbereich zugewiesen. Die Zuweisung dieser Stellen ist im Zusammenhang mit der besonderen Situation des LDI zu bewerten, der als zentraler IT-Dienstleister des Landes hochsichere hoheitliche Verfahren im 7/24-Betrieb – zum Beispiel das rlp-Netz sowie Anwendungen für Polizei und Justiz bis hin zur Notruftechnik – betreibt.

Die Stellen dienen der Gewinnung qualifizierten Personals für hochkomplexe, dauerhafte, hoheitliche und betriebliche Rechenzentrumsaufgaben und sollen das für diese Aufgaben derzeit eingesetzte externe Personal ersetzen. Dadurch ist es dem LDI möglich, deutlich wirtschaftlicher zu arbeiten, da die Kosten für externe Aufträge minimiert werden können.

Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf,

- die Besetzung der zur Verfügung gestellten Stellen gemeinsam mit dem LDI schnellstmöglich vorzunehmen;
- die hervorragende Arbeit des LDI im Hinblick auf Informationssicherheit, Datenintegrität und Datenschutz weiterhin zu unterstützen;
- die Synergieeffekte durch die Zusammenarbeit des LDI mit anderen Bundesländern weiter auszubauen, um eine Reduzierung der Kosten zu ermöglichen;
- durch die zur Verfügung gestellten Stellen den Ankauf externer Dienstleistungen im LDI zu reduzieren.

Für die Fraktion  
der SPD:  
Barbara Schleicher-Rothmund

Für die Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Nils Wiechmann